

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung	Datum 10.08.2004
	Schriftführer Telefon-Nr. Herr Kredelbach 02202/142237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 13.07.2004
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr – 18:33 Uhr
	Unterbrechungen keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 27.05.2004 - öffentlicher Teil -
312/2004**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5.1 Änderung der Hauptsatzung
346/2004**
- 5.2 Neufassung der Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach
364/2004**
- 5.3 Erlass einer Ehrenordnung und eines Ehrenkodex' für die Mitglieder des Rates der Stadt Bergisch Gladbach
370/2004**

6. **Änderung der Wahlordnung für die Wahl zum Ausländerbeirat der Stadt Bergisch Gladbach**
347/2004
7. **Überplanmäßige Ausgaben**
338/2004
8. **Jahresabschluss 2003 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**
354/2004
9. **Fortsetzung der Präventionsvereinbarung mit dem Katholischen Erziehungsberatung e.V. und dem Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V.**
287/2004
10. **Einwohnerfragestunde**
332/2004
11. **Parkhaus am Evangelischen Krankenhaus;
hier: Antrag auf Finanzierungszuschuss**
284/2004
12. **Außenbereichssatzung Nr. 4155 - Horst -
- Beschluss als Satzung**
184/2004
- 13.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.06.2004, ein Konzept zur Entwicklung der "Museumsachse Kunstmuseum Villa Zanders - Palais Zanders - Papiermuseum Alte Dombach" vorzulegen**
320/2004
- 13.2 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.06.2004 zu den Innenstadtbereichen Bergisch Gladbach und Bensberg**
350/2004
- 13.3 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.06.2004 zum Gewerbegebiet Bockenberg**
209/2004
14. **Anfragen der Ratsmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung
- nichtöffentlicher Teil -**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom
27.05.2004 - nichtöffentlicher Teil -
313/2004**

3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

4. **Übernahme von Bürgschaften;
hier: Übernahme einer Ausfallbürgschaft für den SV Blau-Weiß Hand e. V.
353/2004**

5. **Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen
358/2004**

6. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Rat rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen wurde sowie beschlussfähig ist.

Sie teilt mit, dass das bisherige Ratsmitglied Dirk Binding sein Mandat niedergelegt habe, da er nach Marienheide verzogen sei. Aufgrund dessen müsse nunmehr sein Nachfolger, Herr Alexander Pfister, in den Rat eingeführt und vereidigt werden.

Sodann verpflichtet sie Herrn Alexander Pfister unter Anwendung der hierfür nach den gemeinderechtlichen Vorschriften vorgesehenen Verpflichtungsformel.

Danach benennt sie folgende, für die heutige Sitzung relevanten Unterlagen:

1. die Einladung vom 01.07.2004 mit den dazugehörenden Vorlagen,
2. das Schreiben vom 07.07.2004 mit der erweiterten Tagesordnung sowie den übrigen beigefügten Unterlagen.

Zuletzt teilt sie mit, dass der Planungsausschuss die Entscheidung über die Außenbereichssatzung Nr. 4155 – Horst – vertagt habe. Punkt 12 des öffentlichen Teils sei daher von der Tagesordnung abzusetzen.

Hierüber besteht Einvernehmen.

2. <-@ Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift wird genehmigt.

3. <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 27.05.2004 - öffentlicher Teil -

@-> Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. <-@ Mitteilungen der Bürgermeisterin

@-> 1. Anbindung an die Autobahn A 4

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, dass zur o. g. Thematik zwei An-

träge für die heutige Ratssitzung eingegangen seien. Es handele sich zum einen um ein Schreiben des Vereins „Autobahnzubringer e.V.“ vom 07.07.2004 und zum anderen um einen Gegenantrag der Initiative „Rettet unsere Stadt im Grünen“ vom 13.07.2004. Beiden Antragstellern habe sie mitgeteilt, dass sie für eine Ratssitzung nicht antragsberechtigt seien. Daher seien die Anträge auch nicht für die Tagesordnung der heutigen Sitzung vorgesehen worden, zumal auch keine Dringlichkeit bestehe, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Sie sichert den Fraktionen zu, beide Anträge zuzustellen. Sie sind im Übrigen der Niederschrift als Anlage beigelegt.

2. Kooperationsvereinbarung mit dem Kreis

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, dass inzwischen eine Vereinbarung zwischen dem Kreis und der Stadt über eine Kooperation in zunächst fünf Aufgabenfeldern getroffen wurde. Diese sei von Herrn Landrat Mörs und ihr am 07.07. unterzeichnet worden und liege den Mitgliedern des Rates als Tischinformation vor. Bereits früher sei darüber informiert worden, dass Überlegungen angestellt werden, durch weitere Kooperationen mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis Synergieeffekte zu erzielen. Der diesbezügliche Stand sei den Mitgliedern des Hauptausschusses zuletzt in der Sitzung dieses Gremiums am 09.10.2003 in einem Vortrag von Fachbereichsleiter Kreilkamp vorgestellt worden, in dem es um die Reduzierung von Personalkosten ging. Nunmehr sei noch der Personalrat zu beteiligen.

Sie bewertet die Kooperationsvereinbarung als einen historischen Schritt, dessen Bedeutung man gar nicht hoch genug einschätzen könne. Erstmals sei es gelungen, mit dem Kreis eine Vereinbarung zu einer gemeinsamen Aufgabenerfüllung zu erreichen. Sie halte insbesondere den Teil der Vereinbarung hinsichtlich der Rechtsabteilung für wegweisend. Es werde überlegt, gerade die Aufgaben dieses Bereiches für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden zusammenzuführen.

3. Antrag der SPD-Fraktion in der Ratssitzung vom 25.03.2004 für „Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnraumversorgung von Personen, die Pflege und Betreuung benötigen“

Bürgermeisterin Opladen gibt zum Sachstand hinsichtlich des o. g. Antrages bekannt, dass in einem Gespräch mit der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft und den örtlichen Vertretern der Wohlfahrtspflege die Fördermöglichkeiten für neue Wohnkonzepte erörtert wurden. Grundsätzlich könne sich die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft ein Modellprojekt zu neuen Wohnformen in Neubauten vorstellen. Die Schaffung von Wohngemeinschaften im Bestand der Gesellschaft erscheine jedoch als nicht umsetzbar.

Auch die Vertreter der Wohlfahrtsverbände zeigten sich interessiert, als Betreiber neue Wohnkonzepte für behinderte, ältere und pflegebedürftige Menschen anzubieten, wenn Investoren den hierfür erforderlichen Wohnraum schafften. Beim nächsten zur Förderung anstehenden Mietobjekt der Rhei-

nisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft werde die Möglichkeit der Eingliederung und Förderung von Gruppenwohnungen im Zusammenhang mit der Mietwohnungsbauförderung geprüft und wenn möglich umgesetzt.

4. Informationen zu Hartz IV

Bürgermeisterin Opladen informiert ausführlich zum aktuellen Sachstand hinsichtlich Hartz IV und den nach derzeitigem Kenntnisstand für Bergisch Gladbach zu gewärtigenden Folgen. Diese Information ist wegen ihres Umfangs der Niederschrift separat als Anlage beigelegt.

5. Danksagung an den Rat und die Verwaltung

Bürgermeisterin Opladen bedankt sich bei der Verwaltungsspitze, den Fachbereichsleitern und allen übrigen Verwaltungsmitarbeitern für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen fünf Jahren. Dies gelte vor allem vor dem Hintergrund, dass die Verwaltung im besonderen Blickpunkt des Interesses stehe und in der Öffentlichkeit ein negatives Bild vom öffentlichen Dienst vermittelt werde. Hinzu komme die Existenz widerstreitender Interessen der Fraktionen des Rates, aufgrund deren die Verwaltung des Öfteren zwischen die Mühlsteine gerate, das Haushaltssicherungskonzept, eine strikte Stellenbewirtschaftung und ein Beförderungsstopp. Ihr Dank gelte gleichermaßen auch dem Personalrat.

Danach bedankt sie sich bei den Mitgliedern des Rates für die Zusammenarbeit der vergangenen Jahre. Sie gesteht zu, dass es aufgrund der absoluten Mehrheit einer Fraktion für die übrigen nicht immer leicht gewesen sei, im Sinne des eigenen Selbstverständnisses die zum Wohle der Bürger notwendige Arbeit zu leisten. Insgesamt sei das Klima trotz einiger Turbulenzen recht positiv gewesen. In der Zukunft werde es wichtiger denn je, fraktionsübergreifend zusammen zu arbeiten. Es gebe Probleme, die unabhängig von bestehenden Mehrheiten einzelne Fraktionen alleine nicht bewältigen könnten.

<-@
5.1 **Änderung der Hauptsatzung**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@
@-> **Die II. Nachtragssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.**

<-@
5.2 **Neufassung der Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach**

@-> Bürgermeisterin Opladen erläutert die Vorlage entsprechend der Sachdarstellung der Vorlage. Sie merkt zusätzlich an, dass die Einsparung des Ehrenringes einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung darstelle, da dieser in seiner Anfertigung recht teuer gewesen sei. Als wichtig erachte sie auch das Entfallen der Notwendigkeit, Ehren-

bürgerrechte im Rahmen einer Sondersitzung des Rates zu verleihen. Zudem könnten künftig Anregungen auf eine Verleihung desselben auch aus der Bürgerschaft vorgebracht werden.

Herr Jung kritisiert § 3 Abs. 1 Satz 3 der neuen Satzung. Nach dessen Wortlaut seien Ratsmitglieder, die bereits seit 20 Jahren oder länger im Rat saßen und diesem auch weiterhin angehörten, von einer Verleihung der Goldenen Ehrennadel ausgeschlossen. Dies bewerte er als ungerecht. Er erklärt, dass er für seine Person auf diese Ehrung verzichte.

Bürgermeisterin Opladen stellt klar, dass der Entwurf der Satzung in mehreren Sitzungen des Ältestenrates und unter den Fraktionsvorsitzenden besprochen wurde.

Herr Orth bewertet die neue Satzung als einen „Systemwechsel“. Die Ehrungen würden in eine neue, zeitgemäße Form überführt. Er schlägt vor, in Berücksichtigung des Einwandes von Herrn Jung Satz 4 der benannten Norm wie folgt zu formulieren:

„Die Ehrungen erfolgen *in der Regel* nach dem Ausscheiden aus dem Rat zu Beginn der nächsten Ratsperiode.“

Herr Jung bewertet diesen Vorschlag als nicht besonders glücklich, da der von ihm benannte Personenkreis dann außerhalb der Regel geehrt werde.

Herr Neuheuser ist der Auffassung, dass eine Ehrung von Ratsmitgliedern immer nur nach deren Ausscheiden aus dem Rat erfolgen solle. Alles andere mache einen zweifelhaften Eindruck.

Sodann faßt der Rat zunächst mehrheitlich gegen die Stimmen der KIDinitiative, gegen zwei Stimmen aus den Reihen der CDU, bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und bei einer Enthaltung aus den Reihen der CDU folgenden **Beschluss**:

§ 3 Abs. 1 Satz 4 der neuen Satzung wird wie folgt geändert:

„Die Ehrungen erfolgen in der Regel nach dem Ausscheiden aus dem Rat zu Beginn der nächsten Ratsperiode.“

Herr Ziffus regt an, analog dem soeben gefaßten Beschluss auch § 4 Abs. 1 Satz 4 zu ändern.

Danach faßt der Rat mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der CDU-Fraktion folgenden **Beschluss**:<-@

@->

- 1. Auf die Vorberatung im Hauptausschuss wird verzichtet.**
- 2. Die Neufassung der Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach wird im übrigen in der beiliegenden Fassung beschlossen**

5.3 **<-@**
Erlaß einer Ehrenordnung und eines Ehrenkodex' für die Mitglieder des Rates der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Herr Ziffus regt folgende Modifikationen und Ergänzungen an:

1. Die Daten nach § 45 Abs. 3 GO NRW (Name, Anschrift, ausgeübter Beruf, vergütete und ehrenamtliche Tätigkeiten) sind auf Anfrage jeder Bürgerin und jedem Bürger einsehbar zu machen. Die vollständigen Angaben der Rats- und Ausschussmitglieder werden binnen sechs Wochen nach Eingang bei der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister dem (echtesten) Ältestenrat des Rates vorgelegt. Dieser (echte) Ältestenrat besteht aus je einem (vereidigten) Mitglied jeder Fraktion. Die Mitglieder dieses Gremiums werden zu Beginn der Ratsperiode von den Fraktionen aus den ältesten Mitgliedern der Fraktionen für die Dauer der Ratsperiode gewählt. Sie dürfen weder Fraktionsvorsitzende, Ausschussvorsitzende noch Bürgermeister oder dessen Vertreter sein. Bei Verstößen gegen die Ehrenordnung berät die Bürgermeisterin/der Bürgermeister vor der Entscheidung geeignete Maßnahmen mit diesem Ältestenrat.

2. § 5 wird wie folgt formuliert:

„Alle Grundstücksgeschäfte werden in Zukunft im öffentlichen Teil der Sitzungen der zuständigen Gremien behandelt und entschieden, allerdings ohne die nichtöffentlichen Details zu nennen, die weiter im nichtöffentlichen Teil der Sitzungen behandelt werden.“

3. § 6 wird wie folgt formuliert:

„Die vom Rat in Aufsichtsgremien städtischer Beteiligungsgesellschaften entsandten Mitglieder berichten einmal pro Jahr im nichtöffentlichen Teil der zuständigen Gremien des Rates über ihre Tätigkeit. Bei gravierenden Entscheidungen mit weitreichenden Konsequenzen müssen sie vor ihren Entscheidungen das Votum dieser Gremien einholen.“

Öffentlichkeit, soweit nicht sehr persönliche Informationen betroffen seien, Transparenz und Informationszugang sowie Bürgerbeteiligung stellen die beste Prävention gegen Korruption dar. Insofern sollten alle nach den Kriterien der Gemeindeordnung publizierbaren Daten der Bürgerschaft offenliegen, wenn diese es wünsche. Daten, deren Veröffentlichung Persönlichkeitsrechte verletzen, seien künftig zumindest durch ein vom Rat bestelltes und vereidigtes besonderes Gremien einsehbar. Die Mitglieder eines derartigen Kontrollgremiums aus der Runde der jahrgangsaltesten Mitglieder des Rates auszuwählen entspreche alten Traditionen. Der Zugang der Öffentlichkeit zu Grundstücksgeschäften und die Berichtspflicht von Mitgliedern in Aufsichtsräten ergänzten diese Maßnahme sinnvoll.

Hinsichtlich des Ehrenkodex' weist er darauf hin, dass bereits die Vereidigung eines jeden Ratsmitgliedes dessen wesentliche Elemente enthalte. Insofern sei die Verpflichtung auf einen Ehrenkodex an sich überflüssig. Er regt an, den Wortlaut desselben im Ratssaal allgemein sichtbar anzubringen.

Herr Buchholz hält es nicht für sinnvoll, den Ältestenrat hinsichtlich der Prinzipien seiner Zusammensetzung zu verändern. Es handele sich um ein lediglich beratendes Gremium, das bislang gute Arbeit geleistet habe. Hinsichtlich der erzielbaren Einkünfte aus Mitgliedschaften hält er die Möglichkeiten in Bergisch Gladbach mit de-

nen in kreisfreien Großstädten für nicht vergleichbar. Dort sei es ggf. möglich, im Wege entsprechender Absprachen Einnahmen zu erzielen, die wesentlich über normale Sitzungsgelder hinausgingen. Für sinnvoll erachte er den Vorschlag von Herrn Ziffus, Mitglieder in Aufsichtsräten einmal im Jahr in nichtöffentlicher Sitzung über ihre Tätigkeit berichten zu lassen. Dies könne durchaus im jeweils zuständigen Fachausschuss geschehen. Grundstücksangelegenheiten seien dagegen Vertrauenssache. Diese seien daher komplett im nichtöffentlichen Teil von Sitzungen zu behandeln.

Herr Dr. Kassner erachtet den Vorschlag von Herrn Ziffus zu § 3 als mit datenschutzrechtlichen Bestimmungen für unvereinbar. Das gleiche gelte für den Vorschlag zu § 5 hinsichtlich der Grundstücksangelegenheiten. Der sinnvolle Vorschlag einer Berichtspflicht für Mitglieder von Aufsichtsräten gehöre nicht in die Ehrenordnung. Zu regeln sei dies in der Zuständigkeitsordnung, wobei vorher die Vereinbarkeit mit der Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder zu prüfen sei. Er beantragt, aus Punkt 2 des Beschlussvorschlages die Worte „und der Ehrenkodex“ zu streichen. Statt dessen solle Punkt 2 wie folgt ergänzt werden:

„Der Ehrenkodex wird bei der Verpflichtung neuer Ratsmitglieder ausgehändigt.“

Dies bedeute, dass zu Beginn einer jeden neuen Ratsperiode alle gewählten Ratsmitglieder den Ehrenkodex erhalten. Das gleiche gelte, wenn während der Ratsperiode ein Mitglied ausscheide und ein neues hinzutrete. Der Kodex könne ggf. unterschrieben und der Bürgermeisterin ausgehändigt werden.

Herr Ziffus hat keine Bedenken, hinsichtlich der Berichte aus den Aufsichtsräten und der Aushändigung des Ehrenkodexes entsprechend dem Vorschlag der CDU-Fraktion zu verfahren. Über den Rest seiner Vorschläge bittet er um separate Abstimmung.

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, dass sie einen positiven Beschluss über die zur Abstimmung stehenden Vorschläge der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN beanstanden müsse, da diese rechtswidrige Regelungen enthielten.

Sodann lehnt der Rat die Vorschläge der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu den §§ 3 und 5 der Ehrenordnung mehrheitlich gegen die Stimmen dieser Fraktion bei Stimmenthaltung der KIDinitiative ab.

Danach fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 1. Auf eine Vorberatung im Hauptausschuss wird gemäß § 1 Abs. 2 Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach verzichtet.**
- 2 Die Ehrenordnung wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.**
- 3. Der Ehrenkodex wird bei der Vereidigung neuer Ratsmitglieder ausgehändigt.**

Bürgermeisterin Opladen weist abschließend darauf hin, dass die Landesregierung beabsichtige, ein Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung zu erlassen. Aus dessen Inhalt seien erhebliche Konsequenzen auch für Ratsmitglieder zu gewärtigen.

<-@
6. Änderung der Wahlordnung für die Wahl zum Ausländerbeirat der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Änderung der Wahlordnung für die Wahl zum Ausländerbeirat (Integrationsbeirat) der Stadt Bergisch Gladbach wird in der vorgelegten Fassung unter Berücksichtigung der vom Hauptausschuss empfohlenen Ergänzung in § 16 zugestimmt.

<-@
7. Überplanmäßige Ausgaben

@-> Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@
8. Jahresabschluss 2003 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

@-> Herr Dr. Fischer fordert ein Konzept, aus dem hervorgehe, wie die Bädergesellschaft in einen finanziell abgesicherten Zustand versetzt werden könne. Zurzeit würden die Verluste zur Hälfte aus den Fonds und zur Hälfte über die Rücklage gedeckt. Dies führe zu einer finanziellen Auszehrung, die das Risiko eines Verlusts aller Bäder beinhalte. Er appelliert an die Bädergesellschaft und an Bürgermeisterin Opladen als Aufsichtsratsvorsitzende, in diese Richtung zu wirken.

Sodann faßt der Rat in getrennten Abstimmungen folgenden Gesamtbeschluss:

<-@
@-> Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bäder-GmbH wird die Bürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt,

1. in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2003 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen und den Jahresfehlbetrag der Gesellschaft in Höhe von € 1.167.935,76 aus der Gewinnrücklage abzudecken (*einstimmig bei Stimmenthaltung der F.D.P.)*
2. den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten (*einstimmig bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der F.D.P.)* und
3. für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2004 die Herren Dr. Werner Holzmayer und Dipl.-Kaufmann Franz Meller von der Sozietät BFJM zu beauftragen (*einstimmig*).

<-@
9. Fortsetzung der Präventionsvereinbarung mit dem Katholischen Erziehungsberatung e.V. und dem Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V.

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

<-@
@-> Die Präventionsvereinbarung mit dem Katholischen Erziehungsberatung e.V.

und dem Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V. wird in den Jahren 2004 und 2005 zu den in der Vorlage benannten Bedingungen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel fortgesetzt.

<-@

11. Parkhaus am Evangelischen Krankenhaus hier: Antrag auf Finanzierungszuschuss

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen folgenden **Beschluss:**

<-@

@-> Die Stadt Bergisch Gladbach erklärt sich bereit, aus vereinnahmten Ablösebeiträgen für Stellplätze zur Finanzierung des Neubaus eines Parkhauses durch das Evangelische Krankenhaus einen Zuschuss in Höhe von 700.000 Euro bereitzustellen.

Die Bereitstellung der Mittel erfolgt im Haushaltsjahr 2005. Die hierdurch anfallenden Vor- und Zwischenfinanzierungskosten sind vom Evangelischen Krankenhaus zu übernehmen.

<-@

12. Außenbereichssatzung Nr. 4155 - Horst - - Beschluss als Satzung

@-> Der Punkt ist von der Tagesordnung abgesetzt.

<-@

13.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.06.2004, ein Konzept zur Entwicklung der "Museumsachse Kunstmuseum Villa Zanders - Palais Zanders - Papiermuseum Alte Dombach" vorzulegen

@-> Herr Ziffus begründet den Antrag. Er gesteht zu, dass im Bereich Buchmühle, Hammermühle und Strundebogen bereits einiges vorgesehen sei. Dennoch halte er es für notwendig, das Projekt einer Museumsachse noch einmal in den Vordergrund zu stellen. Er verweist auf die geplante Achse von Köln nach Osten im Rahmen der Regionale 2010. Der Antrag diene der Installierung einer vielfältig nutzbaren Kulturachse, die die Stadt auch außerhalb der Geschäftszeiten attraktiver mache.

Bürgermeisterin Opladen schlägt vor, den Antrag in die zuständigen Fachausschüsse zu überweisen.

Sodann fasst der Rat einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Antrag wird in die Fachausschüsse überwiesen.

<-@

13.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.06.2004 zu den Innenstadtbereichen Bergisch Gladbach und Bensberg

@-> Frau Ryborsch bedauert, dass der Antrag ihrer Fraktion vom 23.06.2004 nicht im

Planungsausschuss behandelt werden konnte, obwohl er für diesen rechtzeitig der Verwaltung übersandt wurde. Über den Ergänzungsantrag vom 06.07.2004 wünsche sie eine Entscheidung des Rates. Es seien noch eine ganze Reihe von Hindernissen im Stadtgebiet zu beseitigen, um die Bewegungsfreiheit für behinderte Menschen zu erhöhen. Die Details auszuarbeiten müsse Aufgabe der Verwaltung sein.

Herr Ziffus sieht in den einzelnen Antragsteilen auch planungsrechtliche Aspekte, so dass eine Überweisung alleine in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr nicht ausreiche.

Auch der Planungsausschuss müsse sich mit den einzelnen Punkten befassen.

Sodann faßt der Rat zunächst einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.06.2004 wird in die zuständigen Fachausschüsse überwiesen.

Im Anschluss daran fasst der Rat einstimmig mit den Stimmen von SPD, F.D.P, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und KIDinitiative bei Stimmenthaltung der CDU- Fraktion folgenden **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, zur ersten Sitzung nach der Kommunalwahl ein schlüssiges Konzept zur „Barrierefreiheit Bergisch Gladbach“ vorzulegen.

<-@

13.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.06.2004 zum Gewerbegebiet Bockenberg

@-> Herr Ziffus bewertet die Gestaltung des Gewerbegebietes Oberossenbach in der Gemeinde Kürten als inzwischen so konkret, dass aus dieser sinnvolle Anregungen für die Gestaltung des Gewerbegebietes Obereschbach entnommen werden könnten. Das Landesumweltministerium sei bereit, organisatorische und personelle Unterstützung zu leisten. Es gebe dort eine Stelle, die mit zwei Personen besetzt sei und sich mit diesen Dingen befasse. Die Stadt solle diese Möglichkeiten nutzen. Mit einer Überweisung des Antrages in den Hauptausschuss sei er einverstanden.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der Antrag wird in den Hauptausschuss als Stadtentwicklungsausschuss überwiesen.

<-@

10. Einwohnerfragestunde

@-> 1. Einwohneranfrage zu Aktivitäten von DKP-Mitgliedern im Rahmen der Durchführung des Internationalen Frauentages sowie Aktionen des Frauenbündnisses „Finte“

-

Herr Giseler Schmidt verliest seine Einwohneranfrage vom 10.07.2004 zum

oben bezeichneten Themenkomplex. Das Schreiben ist mit seinen Anlagen der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Bürgermeisterin Opladen beantwortet die Anfragen wie folgt:

Zu den Fragen 1) und 2)

Nach der Geschäftsordnung des Rates und seiner Ausschüsse müssten sich die Einwohnerfragen auf Angelegenheiten der Stadt beziehen. Die Beurteilung der Verfassungsfeindlichkeit einer Organisation sei nicht die Aufgabe einer Kommune. Gemäß § 3 Bundesverfassungsschutzgesetz habe das Bundesamt für Verfassungsschutz gemeinsam mit den Landesbehörden für Verfassungsschutz die Aufgabe, Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen zu sammeln und auszuwerten. Sie bittet um Verständnis dafür, dass sie deshalb auf die Fragen 1) und 2) des Fragestellers nicht eingehen könne.

Zu Frage 3)

Der Internationale Frauentag werde seit 1911 weltweit gefeiert. Sein Anliegen sei seinerzeit das Stimmrecht der Frauen gewesen. Das ursprüngliche Gedankengut werde möglicherweise nicht von jedem Mitglied des Rates unterstützt. Inzwischen werde in Bergisch Gladbach der Frauentag von einem Bündnis für Fraueninteressen organisiert, in dem sämtliche an Frauenfragen interessierte Organisationen und Personen organisiert seien. Hierzu gehörten u. a. die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die Caritas Rhein-Berg, die CDU-Frauenunion, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der DGH- Verband für Familienfrauen, Frauen helfen Frauen und die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands. Insoweit könne man mit gutem Recht sagen, dass das Selbstverständnis des Internationalen Frauentages und die Art und Weise, wie er begangen werde, mit dem, was ursprünglich Anlass war, nicht mehr vergleichbar sei und nichts mehr damit zu tun habe. Aus diesem Grunde werde der Internationale Frauentag auch in Bergisch Gladbach weiterhin begangen.

Zu Frage 4)

Die Plakate der Erotikmesse seien unanständig und anstößig gewesen, weshalb sie die Entfernung angeordnet habe. Die weiße Taube von Picasso gelte weltweit als Symbol des Friedens und werde in diesem Sinne auch für den Internationalen Frauentag verwendet. Aus diesem Grunde könne von einer „unglaublichen Doppelmoral“ in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden; diese Äußerung sei nicht nachvollziehbar.

Bürgermeisterin Opladen ergänzt, dass sie die Fragen 1) und 2) mangels Zuständigkeit der Stadt nicht anders beantworten können. Im Hinblick auf die Fragen 3) und 4) könne sie den Ausführungen von Herrn Schmidt nicht zustimmen, weshalb ihre Antworten entsprechend ausgefallen seien.

Mündliche Zusatzfrage von Herrn Schmidt:

Herr Schmidt geht davon aus, dass der Gedanke einer wehrhaften Demokratie auch für eine Stadt wie Bergisch Gladbach gelte. Daher sei es notwendig, sich

deutlich von einer verfassungsfeindlichen Organisation abzugrenzen, die sich lediglich graduell von einer terroristischen Vereinigung unterscheidet. Die weiße Taube von Picasso sei nachweislich auch wissenschaftlicher Untersuchungen stets für kommunistische Propaganda missbraucht worden. Hieran ändere auch die Tatsache nichts, dass sie ursprünglich von einem großen Künstler entworfen wurde, der zudem ebenfalls zumindest in Beziehung zu Kommunisten gestanden habe.

Er fragt, ob der Bürgermeisterin bekannt sei, dass die Stadt vor drei Jahren für die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)“, die zu Unrecht einen solchen Namen trage, im Rahmen des „Bündnisses der Kommunen gegen Rechtsextremismus“ Geld zur Verfügung gestellt habe, obgleich Verfassungsschutzberichte diese Organisation als linksextremistisch bezeichneten und eine Zusammenarbeit mit linksradikalen Gewalttätern unterstelle.

Antwort von Bürgermeisterin Opladen:

Bürgermeisterin Opladen sichert Herrn Schmidt zu, diese Frage zu prüfen und ggf. schriftlich zu beantworten.

2. Einwohnerfrage zum Schuldenstand der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Klaus Hoffmann verliest sein Schreiben zur o. g. Problematik vom 06.07.2004. Dieses ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Sodann beantwortet Bürgermeisterin Opladen die von Herrn Hoffmann gestellten Fragen. Auch die Antworten sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

<-@
14. Anfragen der Ratsmitglieder

@-> 1. Anfragen zur Verteilung von Prüfberichten und zum Zustand der Fahrbahn der Maria-Zanders-Straße

-
- a) Herr Waldschmidt nimmt Bezug auf die Ausführungen auf Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 05.05.2004. Entsprechend den dortigen Ausführungen habe der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes zur Verhinderung von Indiskretionen nur die Möglichkeit gesehen Prüfberichte, die von besonderer Brisanz seien, der Bürgermeisterin zur Verfügung zu stellen. Hiermit werde sichergestellt, dass die Verteilung ausschließlich über die Verwaltungsspitze erfolge. Er fragt an, ob eine solche Verfahrensweise mit den Bestimmungen der Gemeindeordnung in Einklang stehe. Nach diesen sei das Rechnungsprüfungsamt dem Rat unmittelbar verantwortlich und in seiner sachlichen Tätigkeit unterstellt.

- b) Des Weiteren bemängelt er den außerordentlich schlechten Zustand der Fahrbahn der Maria-Zanders-Straße zwischen Paffrather/ Laurentiusstraße und der Straße An der Gohrsmühle. Er fragt an, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sehe, diesen Mißstand so schnell wie möglich zu beheben.

2. Anfrage zum Aufenthalt der Personen mit besonderen Problemlagen im Bereich der Theaterkasse/Bürgerhaus Bergischer Löwe

-

Herr Freese weist darauf hin, dass sich der o. g. Personenkreis seit einiger Zeit nicht mehr auf dem Dach der ehemaligen öffentlichen Toilette im Bereich Paffrather Straße/ Dr.-Robert-Koch-Straße aufhalten könne. Hier betreibe ein Pächter zurzeit einen Biergarten. Aufgrund dessen habe dieser Personenkreis seine Wirkungsstätte in andere Bereiche der Stadtmitte verlagert. Zumindest ein Teil von ihnen halte sich tagsüber im Bereich der Theaterkasse am Bürgerhaus Bergischer Löwe auf. Er stellt hierzu folgende Fragen:

- a) Sei der Verwaltung dieser Zustand bekannt?
b) Habe sich dies positiv oder negativ auf das Geschäft der Theaterkasse ausgewirkt?

3. Anfrage zur Einwohnerfragestunde

Herr Thannisch nimmt Bezug auf die Einwohnerfragen und das Verhalten von Herrn Giselher Schmidt und merkt an, dass politische und historische Halbwahrheiten willkürlich zusammengestellt und in einer unangemessenen Art und Weise vorgetragen wurden. Er fragt an, ob Bürgermeisterin Opladen dies wie er als einen Mißbrauch der Einwohnerfragestunde werte und ob künftig politisch wirre Anfragen dieser Art im Rat vermieden werden könnten?

Bürgermeisterin Opladen beharrt darauf, dass im Rat jeder Bürger das Recht habe, Anfragen zu stellen. Hierbei müsse großzügig verfahren werden, auch wenn mit der Art der Fragestellung nicht immer den Erwartungen des Rates entsprochen werde.

4. Anfrage zu den Ortskenntnissen der Besatzungen von Rettungswagen

Herr Heutz erläutert seine Beobachtung, dass im Bereich Kippekausen Rettungswagen zum Teil erst nach vier oder fünf Versuchen die richtige Straße angefahren hätten, um dort notrufenden Personen Hilfe zu leisten. Er fragt an, ob es richtig sei, dass die Besatzungen von Rettungswagen keine Prüfung hinsichtlich von Ortskenntnissen im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach benötigten. Könne sich die Verwaltung/die Feuerwehr bejahendenfalls vorstellen, im Sinne einer Erhöhung der Sicherheit der Bürger mittelfristig Abhilfe zu schaffen, d. h. von den Einsatzkräften eine Ortskenntnisprüfung abzunehmen?

5. Anfrage zum Programm des Landes Nordrhein-Westfalen zur stadtverträgli-

chen Beseitigung von Großwohnsiedlungen und zur Kooperation zwischen dem Rheinisch-Bergischen Kreis und der Stadt Bergisch Gladbach

-
- a) Herr Ziffus weist auf ein Programm des Landes NRW zur stadtverträglichen Beseitigung von Großwohnsiedlungen hin. Er fragt an, ob der Verwaltung die Existenz dieses Programmes bekannt sei und ob sie ggf. für bestimmte Bereiche im Stadtgebiet von diesem Gebrauch machen wolle. In Betracht kämen hierfür z. B. die Wohnsiedlungen im Bereich Bensberg/ Klein-Manhattan und an der Mülheimer Straße (ehemalige Weißenberger-Gebäude). In letzterer sei auffällig, dass einige Wohnungen leer stünden.
- b) Bezugnehmend auf die Tischvorlage zur weiteren Kooperation zwischen dem Rheinisch-Bergischen Kreis und der Stadt Bergisch Gladbach möchte er zusätzlich wissen, ob Bürgermeisterin Opladen vor dem Hintergrund der Zusammenführung der Rechtsämter des Kreises und der Stadt die Funktionsfähigkeit der Kommunalaufsicht als gewährleistet betrachte.

Bürgermeisterin Opladen bejaht die Funktionsfähigkeit der Kommunalaufsicht. Gerade dies sei ein wesentlicher Punkt der Kooperationsgespräche gewesen und genauestens überprüft worden.

6. Anfrage zum Bereich der unteren Hauptstraße

Herr Orth gibt bekannt, dass ihm von Stadtbaurat Schmickler telefonisch zugesagt wurde, den Text der Stellungnahme von Professor Jansen hinsichtlich der unteren Hauptstraße zur Verfügung gestellt zu bekommen. Inzwischen habe die SPD-Fraktion auch schriftlich um die Aushändigung ersucht. Er fragt an, wann damit gerechnet werden könne.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, dass der Text der Stellungnahme in den kommenden Tagen allen Fraktionen zur Verfügung gestellt werde.

7. Anfrage zur Kooperation zwischen dem Rheinisch-Bergischen Kreis und der Stadt Bergisch Gladbach

--

Frau Schmidt-Bolzmann fragt an, ob bei den Kooperationsgesprächen zwischen dem Rheinisch-Bergischen Kreis und der Stadt Bergisch Gladbach auch das städtische Vermessungswesen im Gespräch war.

Dies wird von Bürgermeisterin Opladen bejaht. Sie weist darauf hin, dass Landrat Norbert Mörs sich nicht mehr zur Wiederwahl stelle. Daher sei bei den Kooperationsgesprächen zunächst nur über unstrittige Bereiche befunden worden. Hinsichtlich der strittigen wolle man dem künftigen Landrat nicht vorgreifen.

Die Anfragen werden, soweit sie nicht bereits mündlich beantwortet wurden, schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.

<-@